

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/108

Bad Godesberg, den 12. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 - 2 | <u>L I D I C E . . .</u> Von Annemarie Renger, MdB, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands | 59 |
| 2a | <u>Waffenklirrende Sprache</u> Geistesverwirrung unter den Kalten Kriegern | 46 |
| 3 - 5 | <u>Europäische atomare Solidarität geboten.</u> Das Europäische Parlament und die Zukunft von Euratom Von Hans Merten, MdB | 151 |
| 5 | <u>Späte Erkenntnis</u> Wünsche der FDP-Bundestagsfraktion | 25 |
| 6 | <u>Geschmacklos und pietätlos</u> Geschäft mit Kindernord | 19 |

L I D I C E . . .

Von Annemarie Renger, MdB,
Mitglied des Vorstandes der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor 25 Jahren - am 10. Juni 1942 - wurde das nur wenige Kilometer von Prag entfernte kleine Dorf LIDICE auf Befehl Hitlers dem Erdboden gleichgemacht. 173 Männer und zwei Knaben im Alter von 14 und 16 Jahren wurden erschossen. 220 Frauen und über 100 Kinder - die Zahl ist nicht genau bekannt - wurden deportiert. Sechs Kinder wurden zur "Eindeutschung" an "politisch zuverlässige" deutsche Familien gegeben; 82 Kinder bezeichnete man als "nicht eindeutschungsfähig". Sie wurden in der Nähe eines Konzentrationslagers in Polen ungebracht; vergast oder erschossen.

Unter den erschossenen Männern von LIDICE befanden sich der über 70 Jahre alte Ortspfarrer, ein blinder Mann und zahlreiche kranke Greise.

Die Kirche, die Schule, alle Häuser und Ställe, sogar ein Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, wurden niedergebrannt. Der "Arbeitsdienst" machte nach der Feuersbrunst das Dorf dem Erdboden gleich.

In dem entsprechenden Einsatzbefehl hatte es geheißen, der Name LIDICE sollte für immer in Vergessenheit geraten. Heute gibt es in der ganzen Welt 36 Orte mit dem Namen LIDICE...

Von den damals deportierten Frauen sind nur einige wenige zurückgekehrt. Die meisten von ihnen kamen in Konzentrationslagern des Dritten Reiches um.

Die grausige Vernichtung des Ortes LIDICE, die Erschießung und Deportation seiner Einwohner war ein von der Reichsführung befohlener Vergeltungsakt für das Attentat auf den damaligen Leiter des Reichsprotektorates Böhmen und Mähren, Heydrich. Tschechische Widerstandskämpfer hatten in Prag ein erfolgreiches Attentat auf Heydrich verübt. Bei der wochenlangen Suche nach den Attentätern war

eine angebliche Verbindung von diesen zu dem Dorf LIDICE festgestellt worden. Erwiesen wurde diese Verbindung nie. Trotzdem erfolgte der Befehl zur Vernichtung des Dorfes, zur Erschießung seiner männlichen Bewohner und zur Deportation der Frauen und Kinder.

Heute steht neben den erhalten gebliebenen Fundamenten des alten LIDICE ein neues Dorf, das den gleichen Namen trägt. Ein Gedenkstein und einige später gefundene persönliche Gegenstände der Erschossenen erinnern mahrend an das grauenhafte Geschehen vom 10. Juni 1942.

Aus aller Welt sind seither Menschen nach LIDICE gekommen und haben sich hier vor den Opfern der Barbarei verneigt.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben in der Zeit der Diktatur und der Barbarei viele Opfer gebracht. Deshalb fühlen wir uns besonders mit allen jenen verbunden, denen Leid zugefügt wird.

Vom Vorstand der SPD und der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag habe ich den ehrenvollen Auftrag erhalten, am 25-jährigen Gedenktag der Vernichtung des Dorfes LIDICE, der Erschießung seiner Männer und der Deportation seiner Frauen und Kinder einen Kranz niederzulegen. Ich bin mir bewußt, daß ich durch diese symbolische Geste eine Verpflichtung übernehme: Ich will helfen, daß überall in der Welt die Einsicht triumphiert, wie unsinnig es ist, irgendwelche die Menschheit bedrängenden Probleme mit Gewalt lösen zu wollen.

Deshalb soll mein Kranz, den ich in LIDICE niedergelegt habe, und soll meine Teilnahme an der Gedenkfeier zu Ehren der Opfer des grausamen Terrors gleichzeitig ein Gelöbnis zum Kampf gegen jede Art von Gewalttätigkeit sein. Unsere Völker, das Volk der Tschechoslowakischen Republik und das deutsche Volk, werden - so hoffe ich - bald eines Tages gemeinsam mit den anderen Völkern Europas an dem Werk der Errichtung eines dauerhaften Friedens mitwirken.

LIDICE ist uns dafür eine Mahnung.

Waffenklirrende Sprache

Geistesverwirrung unter den Kalten Kriegern

sp - Der militärische Erfolg der Israelis hat gewisse Geister in der Bundesrepublik völlig verwirrt. Das zeigt sich nicht nur darin, daß man "Blitzkrieg"-Vergleiche mit dem raschen Vormarsch der Hitler-Wehrmacht in den Jahren 1939 und 1940 zieht und damit dem latenten Mißtrauen in aller Welt, und gerade auch im Westen, schon mit der Übernahme solcher Formulierungen neue Nahrung gibt. Das zeigt sich auch sonst in einer waffenklirrenden Sprache, die an nationalistischer Arroganz kaum zu überbieten ist. Da kann man lesen und hören, daß aus dem militärischen Erfolg der Israelis, der unter ganz besonderen Bedingungen in einer ganz besonderen Umwelt errungen wurde, Konsequenzen in völlig verallgemeinernder Art gezogen werden, die sich deutlich genug auch auf die Bundesrepublik selbst beziehen sollen.

Ohne jeden realistischen Bezug auf die absolut andere Lage, in der sich Europa und vor allem die Bundesrepublik befinden, von der so schwierigen psychologischen Situation einmal abgesehen, wird einer leider nicht immer aufnahmewilligen Bevölkerung in hektischer Sprache beispielsweise dargelegt, der Nahost-Konflikt sei die komplette Widerlegung der "modischen" These gewesen, daß Kriege nicht mehr ein Mittel der Politik seien. Nahost habe außerdem den "modischen" Schrecken vor der "präventiven" Haltung auf beinahe Null reduziert, denn im Gegenteil habe sich die offensive Haltung als die einzige oder immerhin hoffnungsvollste Möglichkeit bewährt, die bedrohlichen Giganten vorsichtig zu machen. Schließlich habe der israelische Feldzug endgültig bewiesen, daß die "Politik der Stärke" die Kriegsgefahr reduziere und die Behutsamkeit des Aggressors fördere. Man müßte eben nur ein Volk in Waffen sein.

Diese Thesen werden ungehindert in einer großen Sonntagszeitung verbreitet und im Tenor durch Massenblätter unterstützt, die die Europäer fragen, wann sie denn endlich begreifen würden, daß man sich in der Not zuerst auf sich selbst verlassen müßte und daß deshalb die Waffen den Frieden gerettet hätten.

Bevor diese Rezepte zur Wiederrückbesinnung auf die Politik der Stärke auch in der Bundesrepublik auf offenem Markte verkündet wurden, hatte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner in Vorahnung dessen, was kommen könnte, vor einer solchen waffenklirrenden Sprache gewarnt. Das hat in diesen Fällen leider gar nichts genützt, weil man sich eben wieder auf das Gesetz besonnen hat, unter dem man einmal angetreten war, und weil man es für angebracht hält, jetzt endlich wieder auf die Pauke zu hauen. Ob dabei die Friedenspolitik der neuen Bundesregierung konterkariert oder sogar unglaubwürdig gemacht wird, das schert diese waffenklirrenden Redner und Schreiber überhaupt nicht. Daß die Folgen eines solchen unseligen Tuns auf ein ganzes Volk zurückfallen können, das ist ihnen gleichgültig. Der heiße Krieg hat die Kalten Krieger außer Rand und Band gebracht. Das Schicksal behüte uns davor, daß ihre Hühnermänner jemals die Schalthebel der deutschen Politik in die Hände bekommen!

Europäische atomare Solidarität geboten

Das Europäische Parlament und die Zukunft von Euratom

Von Hans Merten, MdB

Es läßt sich nicht leugnen, daß sich unter den drei europäischen Gemeinschaften der EWG, der Montanunion und Euratom, sich die letztere zur Zeit in einer besonders schwierigen Lage befindet. Vor zehn Jahren wurde zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von den sechs Mitgliedsstaaten der EWG auch der Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft geschlossen. Die sechs Mitgliedsstaaten der EWG ließen sich damals von dem Gedanken leiten, auf dem Gebiete der Kernspaltung den wissenschaftlichen und technologischen Vorsprung der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens gemeinsam aufzuholen. Dazu kam noch ein aktueller Anlaß. Die Krise um den Suez-Kanal hatte den Europäern sehr deutlich gemacht, daß sie bei der Deckung ihres Energiebedarfs in großem Ausmaß von Einfuhren aus Drittländern abhängig war. Deshalb sollte Euratom die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlbefinden der Völker beiträgt. In Artikel 2 des Euratom-Vertrages ist dann genauer definiert, auf welchen Gebieten sich die neue Gemeinschaft betätigen soll. Sie soll die Forschung entwickeln und die Verbreitung der technischen Kenntnisse sicherstellen, weiterhin einheitliche Sicherheitsnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte aufstellen und dafür sorgen, daß sie auch angewandt werden. Die Gemeinschaft hat weiterhin die Aufgabe, die notwendigen Investitionen zu erleichtern und die Initiative der Unternehmen zu fördern, welche sich um die Schaffung der wesentlichen Anlagen bemühen, die für die Entwicklung der Kernenergie in der Euratomgemeinschaft notwendig sind. Wesentlich ist die Aufgabe, für regelmäßige und gerechte Versorgung der Gemeinschaft mit Erzen und Kernbrennstoffen Sorge zu tragen und durch geeignete Kontrollmaßnahmen zu gewährleisten, daß diese Stoffe nicht anderen als den vorgesehenen Zwecken zugeführt werden. Euratom hat die Aufgabe, einen gemeinsamen Markt für die auf dem Kernspaltungsgebiet verwendeten Stoffe und Ausrüstungen zu schaffen und den freien Kapitalverkehr für Investitionen auf dem Gebiete der Kernspaltung sowie die Freizügigkeit der Fachkräfte innerhalb der Gemeinschaft sicherzustellen. Schließlich hat Euratom Verbindungen zu anderen Ländern und zwischenstaatlichen Einrichtungen herzustellen, die geeignet sind, den Fortschritt bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu fördern.

Auf bestem Wege

Nach zehn Jahren Tätigkeit können wir heute feststellen, daß Euratom für die zahlreichen Probleme, die der Gemeinschaft aufgegeben waren, die Ansätze zu richtigen Lösungen gefunden hat. In diesem Zusammenhang sei nur auf einige wichtige Punkte hingewiesen. Die gemeinsame Kernforschungsstelle bildet den Schwerpunkt der Tätigkeit von Euratom. Zum ersten Mal war es gelungen, für sechs Staaten gemeinsame Forschungszentren zu errichten und Forscher, Techniker und sonstiges Personal aus sechs verschiedenen Ländern zur gemeinsamen Arbeit in Forschung und Technologie zusammenzufassen. Die Forschungszentren Ispra (Italien, 1.550 Mitarbeiter), Petten (Niederlande, rund 200 Mitarbeiter), Karls-

ruhe (Europäisches Institut für Transurane, 160 Mitarbeiter) und Geel (Belgien, Zentralbüro für Kernmessungen, 160 Mitarbeiter) sind mit den ihren angeschlossenen europäischen Schulen ein glänzender Beweis dafür, wie der europäische Gedanke in die Praxis übertragen werden kann. Da bei Vertragsabschluß außer Frankreich die europäischen Länder keine nennenswerten Kapazitäten auf dem Gebiete der Atomforschung und der Atomenergie besaßen, kam diesen gemeinsamen Kernforschungsstellen eine ganz besondere Bedeutung zu.

Von vornherein war nicht vorgesehen, daß Euratom alle nationalen Forschungsprogramme an sich ziehen sollte und daß es neben Euratom keine eigene Tätigkeit der Mitgliedsstaaten auf diesem Gebiet geben sollte. Inzwischen haben sich in den Ländern der Gemeinschaft auch die nationalen Anstrengungen auf diesem Gebiete ausgewirkt. Die Industrie ist heute in der Lage, schlüsselfertige Atomreaktoren zu erstellen und zu exportieren und die Einrichtungen der Mitgliedsstaaten für Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiete der Kernspaltung haben einen bedeutenden Umfang erreicht. Euratom hatte hier die Aufgabe der Koordination und konnte sich bei allen wesentlichen nationalen Vorhaben einschalten und beteiligen. Ein zehnjähriges Abkommen mit der amerikanischen Atomenergiebehörde über ein gemeinsames Reaktorforschungs- und entwicklungsprogramm und ein Reaktorbauprogramm erleichterte es der Europäischen Industrie, sich mit den amerikanischen Erkenntnissen vertraut zu machen und diese Kenntnisse bei ihrer eigenen Arbeit auszunutzen. Euratom hat so in seiner zehnjährigen Geschichte erreicht, daß der Vorsprung anderer Staaten auf dem Gebiete der Kernspaltung für die europäischen Mitgliedsstaaten ausgeglichen werden konnte.

Kontrolle

Von großer Bedeutung ist das Euratomüberwachungssystem für Kernbrennstoffe, das völlig ausschließt, daß spaltbares Material zweckentfremdet, d.h. für militärische Zwecke verwendet wird. Euratom kontrolliert heute 202 Anlagen auf diesem Gebiet und schafft damit die Voraussetzungen für die Lieferung spaltbaren Materials aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien an die Gemeinschaft.

Dokumentation und Forschung

Für die wissenschaftliche Arbeit und für die Tätigkeit der Forscher ist von großer Bedeutung die bei Euratom errichtete Zentralstelle für Information und Dokumentation. Diese völlig neuartig aufgebaute Stelle konnte vor kurzem in Betrieb genommen werden. Durch die Einschaltung von Elektronenrechnern konnte ein in der Welt einmaliges halbautomatisches Dokumentationssystem errichtet werden, bei dem innerhalb kürzester Zeit über jede auf dem Nuklearsektor erschienenen Veröffentlichung Auskunft erteilt werden kann. Diese Stelle verschlüsselt und erfaßt jährlich bis zu 75 000 neue Informationen.

Es sind noch zu erwähnen die grundlegenden Arbeiten auf dem Gebiete des Strahlenschutzes, die durch Euratom geschaffene Agentur für die Brennstoffversorgung, Maßnahmen der Ausbildung und Weiterbildung und die Grundlagenforschung für wichtige Zukunftsprojekte.

Was soll aus Euratom werden ?

Die hervorragenden Leistungen von Euratom in den vergangenen zehn Jahren haben nicht verhindern können, daß diese Europäische Institution in eine Krise geraten ist. Das Erstarren der nationalen Kapazitäten auf

dem Gebiet der nuklearen Forschung hat dazu geführt, daß die einzelnen Staaten in zunehmendem Maße glauben, eine nationale Autarkie auf diesen Gebieten sei der gemeinsamen europäischen Tätigkeit vorzuziehen.

- * Viele Europäer glaubten, daß das nationale Autarkiedenken der Vergangenheit angehöre. Im Falle Euratom erleben wir aber, daß dies keineswegs der Fall ist. Das hat dazu geführt, daß der Ministerrat von Euratom sich bisher weder auf den Investitions- und Forschungs-
- * Haushalt 1967 hat einigen können, noch auf ein Anschlußprogramm für Euratom für das Ende dieses Jahres auslaufende zweite Fünfjahresprogramm.

Die Kommission hat für dieses Anschlußprogramm forschungspolitische Vorschläge gemacht, die den Gemeinschaftsgeist der Sechs keineswegs überfordern und lediglich als Miniprogramm angesprochen werden können. Aber selbst darauf hat der Ministerrat sich bisher nicht einigen können. Darüber hinaus hat aber das Europäische Parlament auch im Hinblick auf die Fusion der drei Kommissionen wiederholt dringend gefordert, daß über die Kernspaltung hinaus noch weitere Gebiete der Forschung von den Europäischen Gemeinschaften aufgegriffen werden sollten unter Ausnutzung der von Euratom gewonnenen Erfahrungen. Insbesondere sollte die Tätigkeit der gemeinsamen Forschungsstellen noch erweitert werden und besonders schwierige und kostspielige Forschungsgebiete gemeinsam durch die vorhandene Organisation und ihre Einrichtungen vorwärts getrieben werden. Das Europäische Parlament hat dazu einige Berichte erstellt und bereits mehrere Entschlüsse gefaßt. Es steht damit in Übereinstimmung mit den Kommissionen, aber in völligem Gegensatz gegenüber dem Ministerrat, der sich immer weniger als Organ der Gemeinschaft fühlt.

- * In zunehmendem Maße wird der Ministerrat lediglich eine gemeinsame Konferenz von sechs unabhängigen Staaten, die versucht, zu einem gewissen Ausgleich der nationalen Interessen zu kommen. Dadurch werden bereits vorhandene europäische Einrichtungen mehr und mehr ausgetrocknet und zerstört, abgesehen davon, daß dieses Verhalten dem Geist der Verträge von Rom widerspricht.

Die auf dem Gebiete der Atomforschung vor uns liegenden Zukunftsaufgaben (schnelle Brüter, Zählung der Wasserstoffbombe, direkte Umwandlung von Wärme in Elektrizität) sind für einen einzelnen Staat außerordentlich kostspielig, ohne daß der betreffende Staat die gewonnenen Erkenntnisse geheimhalten könnte. Das gilt auch für andere Forschungsgebiete, wie z.B. die Weltraumforschung. Das Europäische Parlament hat ebenso wie die Kommissionen zahlreiche Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie diese Dinge im Interesse der europäischen Völker und möglichst wirtschaftlich betrieben werden könnten. Die einzelnen Mitgliedsstaaten sind alle, auch Frankreich, überfordert, wenn sie glauben, den wissenschaftlichen Rückstand gegenüber den Weltmächten aus eigener Kraft aufholen zu können. Nur gemeinsam wird es Europa gelingen, hier den Anschluß zu finden und mit seiner Industrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu werden. Wenn die bereits vorhandenen Gemeinschaften und Einrichtungen den nationalen Prestigedenken oder der nationalen Eifersucht geopfert werden, wird die europäische Industrie und damit die gesamte Bevölkerung Europas die Zeche zu bezahlen haben. - Das Europäische Parlament hofft immer noch, daß die europäische Vernunft über die nationale Unvernunft siegen wird und insbesondere der Europäischen Atomgemeinschaft vom Ministerrat endlich die Basis gegeben wird, auf der sie ebenso wie in der Vergangenheit auch in Zukunft wertvollste Arbeit für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Europas leisten kann.

Späte Erkenntnis

Wünsche der FDP-Bundestagsfraktion

sp - Die 50 Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion fühlen sich in der Erfüllung ihrer Aufgabe als parlamentarische Opposition behindert. Jedenfalls hat dies der FDP-Abgeordnete Karl Moersch Journalisten gegenüber behauptet und vor allem darauf hingewiesen, daß die Opposition - jetzt die FDP - höhere Zuschüsse aus dem parlamentarischen Etat benötige, um sich einen für die Oppositionsparteien erforderlichen wissenschaftlichen Hilfsapparat zu ermöglichen. Moersch machte darauf aufmerksam, daß die FDP es nicht nur mit den großen Apparaten der Unionsparteien und der SPD zu tun habe, vielmehr würde den Regierungsparteien auch noch von der Ministerialbürokratie zugearbeitet.

Herr Moersch weiß aus alter Erfahrung sicher genau, welche Unterstützung die Regierungsfractionen von der Ministerialbürokratie her erhalten können. Leider war dies für ihn früher kein Anlaß, verstärkte Zuwendungen für die parlamentarische Opposition - damals die SPD - zu fordern. Auch wenn also die Erkenntnis, daß eine Oppositionspartei über mehr wissenschaftliche Hilfskräfte verfügen muß, recht spät gekommen ist, ist das Anliegen der FDP gewiß einer gründlichen und wohlwollenden Prüfung wert. Nur sollten die Freien Demokraten im allgemeinen und Herr Moersch im besonderen zur Kenntnis nehmen, daß die SPD-Fraktion des Bundestages sich auch heute vor allem auf ihren eigenen Sachverstand stützt. Sie hat seit dem Eintritt in die Große Koalition die Zahl ihrer Fraktionsassistenten keineswegs abgebaut, um sich etwa in erster Linie auf die Ministerialbürokratie zu stützen. Denn heute wie früher versteht sich die sozialdemokratische Fraktion als parlamentarisches Kontrollorgan, nicht als Hilfsorgan der Exekutive.

+ + +

Geschmacklos und pietätlos

Geschäft mit Kindermord

R. Wenn Pressemeldungen richtig sind, die besagen, daß verschiedene "illustrierte, Zeitungen und Agenturen" mit der Bitte an den Pflichtverteidiger des Kindermörders Lehnert herangetreten sind, seinen Klienten aufzufordern, seine Memoiren niederzuschreiben, so werden wir in nächster Zeit um die Erkenntnisse eines Kindermörders bereichert werden. Lehnert soll auf das Anerbieten der Zeitungen geantwortet haben: "Schön, dann kann ich endlich meine Schulden bezahlen." Wenn der Kindermord die finanziellen Mittel zur Weiterführung dieses verpfuschten Lebens nicht gebracht hat, so werden seine Memoiren ihn hinterher sarnieren. So lohnt sich der Mord auf diese Weise. Schlimm ist, daß ihm eine gewisse Presse dazu verhilft. Von der finanziellen Seite ganz abgesehen, stellt sich die Frage, was hat Lehnert eigentlich der Mitwelt zu sagen? Will er sein verpfushtes Leben vor uns ausbreiten, das in dreckigen Kindermord endete? Oder umgekehrt: Was haben sich die Illustrierten bzw. Zeitungen eigentlich gedacht, wenn sie das Leben eines solchen Versagers schwarz auf weiß der Mitwelt darlegen? Man kommt nicht umhin, festzustellen, daß es sich um eine Geschmacklosigkeit im allgemeinen und eine grobe Pietätlosigkeit im besonderen gegenüber den Eltern des ermordeten Kindes handelt. Das sollte unterbleiben.

+ + +